This page was exported from - Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz e.V.
Export date: Mon Nov 16 11:09:06 2026 / +0000 GMT

Wohnungsbesichtigungen und lange Warteschlangen

Der Berliner Wohnungsmarkt ist in Bewegung gekommen, so wie schon seit langer Zeit von uns befürchtet. Nicht ohne Auswirkungen bleibt der Zuzug von neuen Bürgern in unserer Stadt. Zurzeit soll es 60 000 wartende Bürger geben, auf eine neue Wohnung. Lange Warteschlangen vor Wohnungsbesichtigungen sind die erste Folge. Im Ortsteil Staaken wurden für eine Zweizimmerwohnung rund 35 Bewerber gesichtet und in anderen Stadtteilen Berlins sind vor den Objekten bis zu 100 Mietinteressenten beobachtet worden. Hunderttausende von Wohnungen werden in den nächsten Jahren fehlen und diese dramatisch ansteigende Wohnungsverknappung bedeutet gleichzeitig für viele Mieter den Anstieg ihrer Mieten und gleichzeitig die Verhinderung, sich neuen preiswerteren Mietraum zu suchen. Nur noch der Fortzug aus Berlin in das Benachbarte Umland ist eine denkbare Alternative und das sicherlich nur für einige, die gerne auf dem Lande wohnen wollen.

Die neue Mietgesetzgebung in Berlin, einschließlich der Mietpreisbremse, hat nichts bewirkt und war durch die veränderte Situation nach dem Zustrom in unser Land zum Scheitern verurteilt. Fachleute haben dies schon lange vorhergesehen. Die politisch Verantwortlichen versagen auf ganzer Linie. Die Wohnungseigentümer reiben sich die Hände, denn die Kasse wird in den nächsten Jahren laut und deutlich klingeln. Dazu kommt noch, dass die Eigentümer aufgrund des Ansturms auf ihre Immobilien nun auch nichts mehr instand setzen müssen, das werden die verzweifelten Mieter schon selbst tun, genau das ist unsere Erfahrung und so wird es uns geschildert. Wir führen ein Beispiel an: eine 45 Jahre alte Heizungsanlage verschlingt das Doppelte an Heizöl und die Kosten sind dramatisch. Der Eigentümer denkt überhaupt nicht daran, diese katastrophale Situation für die Mieter zu verändern. Diese Wohnungsmarktlage kann so nicht länger hingenommen werden. Der Senat ist aufgefordert, sofort mit der Errichtung von Sozialwohnungen zu beginnen und nach erster Einschätzung müssen mindestens 30 000 Wohnungen pro Jahr errichtet werden, um nicht völlig in dem Schlamassel zu versinken. Gleichzeitig erneuern wir unsere Forderung, die tausenden von Wohnungen an der B5 Stadtgrenze Berlin Richtung Nauen (Havelpark) endlich zu sanieren, um bezugsfertige Wohnungen darauf herzustellen. Wir werden in den kommenden Monaten durch öffentliche Veranstaltungen mit geeigneten Referenten auf die Situation in Berlin und Brandenburg aufmerksam machen. Der anhaltende unhaltbare Zustand muss beendet werden, aber bis dahin werden die Mieter nach dem Zitat von Karl Streckfuss: **?Das unvermeidliche mit Würde tragen?.**